

**Ulrich Lange**

- (A) 3. Dezember 2014 im Verkehrsausschuss und gestern im Haushaltsausschuss –, die LuFV II. Wir wollen – das ist ein Riesenschritt – in den nächsten fünf Jahren insgesamt 28 Milliarden Euro für den Bereich Schiene ausgeben, insbesondere zur Qualitätssicherung und für die Brücken. So gesehen können wir mit dieser Reform sehr zufrieden sein.

Liebe Kollegin Leidig, zu dem Antrag der Linken sage ich an dieser Stelle ganz bewusst: Für uns scheidet ein Zurück zur alten Staatsbahn oder DDR-Reichsbahn einfach aus.

(Beifall der Abg. Dr. Valerie Wilms [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das war kein Erfolgsmodell. Wir wollen den Weg der modernen Bahn weitergehen.

(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Da sind wir uns einig, Herr Lange, auch wenn es Ihnen nicht passt!)

Wir wollen mehr Wettbewerb im Güterverkehr und noch mehr Wettbewerb im Schienenpersonennahverkehr. Auch im Fernverkehr könnte – ich sage das ganz offen; denn diesbezüglich sind wir noch nicht ganz zufrieden – durch Wettbewerb vielleicht das eine oder andere zusätzlich erreicht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deswegen werden wir in dieser Legislaturperiode das Eisenbahnregulierungsgesetz noch einmal in Angriff nehmen.

- (B) (Dr. Valerie Wilms [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hoffentlich!)

Wir werden die Bahn weiter modernisieren. Wir wollen im Interesse der Berufspendler WLAN in den Zügen. Wir wollen eine moderne Gesellschaft – mit der Bahn.

Die Bahnreform ist eine Erfolgsgeschichte. Wir wollen sie fortsetzen. In diesem Sinne wünsche ich eine gute Heimreise mit der Bahn und frohe Weihnachten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Ich danke für die Minimierung der Verspätung, Kollege Lange, und schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/3560. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der CDU/CSU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Deutsche Welle

bis 2017

## Aufgabenplanung der Deutschen Welle 2014 (C)

**Drucksachen 18/2536, 18/3056, 18/3216 Nr. 3, 18/3595**

Hierzu liegt je ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie an der Debatte jetzt nicht teilnehmen können oder wollen, bitte ich Sie, trotzdem dafür zu sorgen, dass diejenigen, die sich hier beteiligen wollen, auch der Debatte folgen können. – Es schmerzt mich immer besonders, wenn meine eigene Fraktion mich ignoriert.

(Heiterkeit)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Staatsministerin Professor Monika Grütters.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Monika Grütters**, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Den Wert einer Sache lernt man bekanntlich oft erst durch ihren Verlust zu schätzen. Das gilt natürlich auch und ganz besonders für den Wert eines unabhängigen und freien Journalismus. Es ist da her sicher kein Zufall, dass die Nachfrage nach der Berichterstattung der Deutschen Welle gerade in Krisengebieten wie der Ukraine zurzeit sehr groß ist. Die Deutsche Welle steht für Meinungsfreiheit, für Pressefreiheit, für Menschenrechte, für Demokratie und soziale Marktwirtschaft. Sie ist damit natürlich gerade in Krisenregionen für viele Menschen die einzige oder zumindest eine sehr wesentliche Verbindung in die freie Welt.

Obwohl sie inzwischen mit 26 internationalen Sendern konkurriert, ist es der Deutschen Welle in den vergangenen Jahren gelungen, die Nutzung ihres Angebots um – ich sage es einmal so – satte 17 Prozent auf immerhin 101 Millionen Nutzer pro Woche zu steigern. Das ist ein Zeichen für ihre hohe Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wenn wir heute die Stellungnahme der Bundesregierung zum Entwurf der Aufgabenplanung der Deutschen Welle bis 2017 beraten, geht es zum einen darum, was uns eben genau dieser Auslandsrundfunk als – so nennen wir es ja immer – Leuchtturm unseres demokratischen Rechtsstaates im Ausland tatsächlich wert ist, zum anderen müssen wir uns aber auch gelegentlich die Frage stellen, welche Signale dieser Leuchtturm zurzeit sendet und ob er überall die richtigen Signale aussendet. Diese Fragen hängen – das ist offensichtlich – miteinander zusammen.

Insofern war es – das möchte ich hier offen sagen – nicht hilfreich, dass die Deutsche Welle mit dem Aus-

Staatsministerin Monika Grütters

- (A) scheiden ihres Intendanten aus dem Kuratorium von Reporter ohne Grenzen wegen ihrer China-Strategie in die Schlagzeilen gekommen ist,

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/  
DIE GRÜNEN)

ganz unabhängig davon, wer den Anlass gegeben hat und dass Reporter ohne Grenzen offensichtlich mit zweierlei Maß misst: Das ZDF bleibt drin, die Deutsche Welle geht raus. Warum und wie auch immer, ich finde es bedauerlich. Das richtige Signal war das jedenfalls nicht. Das ist ausnahmsweise eines, das mir nicht gefällt, bei allem Verständnis dafür, dass die Deutsche Welle ihre Präsenz in China verbessern will. Ich finde, dass man, gerade wenn man in solch schwierigen Ländern vertreten sein will, auch senden können muss. Deshalb wäre es ja gerade richtig, dass sie in China präsent ist. Der Empfang der Deutschen Welle wird im Gegensatz zu anderen Sendern in China geblockt. Die Internetangebote sind seit 2008 gesperrt. Das zeigt, dass die Deutsche Welle – zumindest in China – alles andere als ein regimetreuer Sender ist. Auch das muss man in diesem Kontext sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Über den richtigen Weg zum Ziel, also zur Stärkung der Deutschen Welle – das wollen wir hier alle –, lässt sich also trefflich streiten. Fest steht: Wir können es uns angesichts der aktuellen internationalen Entwicklungen als größtes Land der EU nicht leisten, unseren Auslandssender zu vernachlässigen, im Gegenteil.

- (B)

Die politischen Krisen, die in vielen Teilen der Welt mit Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit einhergehen, machen es geradezu erforderlich, die Deutsche Welle als Leuchtturm demokratischer Werte zur Orientierung gerade in Krisenregionen zu stärken. Diesem Ziel trägt die Finanzplanung für den Zeitraum der Aufgabenplanung durchaus Rechnung. Nach Jahren der Stagnation haben wir den Bundeszuschuss an die Deutsche Welle nämlich substanziell erhöht. Im Ergebnis stehen der Deutschen Welle gegenüber der Haushaltssituation 2013 im Jahr 2014 rund 10 Millionen Euro mehr zu, und 2015 sind es sogar 13,5 Millionen Euro, wenn auch ganz überwiegend zweckgebunden.

Anders als andere vom Bund finanzierte Einrichtungen hat die Deutsche Welle – das muss man hier, finde ich, offen ansprechen; denn diese Wünsche sind und bleiben erst einmal offen; es sind nicht nur Wünsche des Senders, sondern auch unsere; wir machen sie uns also zu eigen – wegen ihres eigenen Haustarifvertrages – ihn hat sie wegen der Rundfunkfreiheit – seit 1998 anders als die im Rahmen des TVöD berücksichtigten Einrichtungen keinen Ausgleich für Tarifsteigerungen bekommen.

(Dagmar Freitag [SPD]: Genauso ist das!)

Vergütungserhöhungen belasten deshalb seit vielen Jahren ihren Haushalt, weshalb hierüber sicherlich nicht nur zu reden sein wird. Darin waren wir uns in der Haushaltsdebatte vor drei Wochen übrigens alle einig.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dagmar Freitag [SPD]: Sehr gut! – Martin Dörmann [SPD]: So ist es!)

(C)

Nun zum Inhalt bzw. zum Programm. Aus der Aufgabenplanung geht hervor, dass die Deutsche Welle ihre Position im internationalen Vergleich hinsichtlich der Akzeptanz und Reichweite deutlich ausbauen will. Ich finde das spannend und hoffe, dass es ihr gelingt, was angesichts der Konkurrenz von oft propagandistischen Sendern – es geht ja um Konfliktgebiete – in unser aller Sinne ist. Dazu sollte das Programm aktueller sein. Wir brauchen eine stärkere Ausrichtung auf Nachrichten, haben Sie gesagt. Aus unserer Sicht gehören Dokumentationen, Magazine, auch zu Themen aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft, sehr wohl dazu; sie dürfen nicht zu kurz kommen. Ein reiner Nachrichtenkanal darf die Deutsche Welle nicht werden.

Der Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom Juni 2013 über eine viel engere Kooperation zwischen Deutscher Welle und ARD, ZDF und Deutschlandradio trägt dazu bei, dass ein abwechslungsreiches Programm gemacht wird. Außerdem kann die Deutsche Welle auf ein dichtes Korrespondentennetz zurückgreifen. Natürlich ist auch das Thema „Deutsche Stimme“ wichtig. Als Auslandssender und als deutsche Stimme in der Welt muss sie natürlich auch weiterhin deutschsprachig präsent sein.

(Beifall der Abg. Dagmar Freitag [SPD])

Dies kann gerade durch die Kooperation mit ARD und ZDF gewährleistet werden. Es darf nicht der Eindruck entstehen – das ist in den vergangenen Tagen doch passiert –, Etatsteigerungen könnten mit der Drohung durchgesetzt werden, das deutschsprachige Programm zu reduzieren, also ausgerechnet bei der Kernaufgabe zu lahmen. Das geht nicht. Diese Wahl hat man gar nicht. Schon das Deutsche-Welle-Gesetz steht dem entgegen.

(D)

Ein letzter Satz. Ich bin sehr froh, dass wir uns über die zunehmend wichtiger werdende Rolle der Deutschen Welle als Botschafterin unseres Landes weitgehend einig sind. Vor diesem Hintergrund appelliere ich an Sie alle, die geplanten Maßnahmen zur Stärkung der Relevanz und der Breitenwirkung ihres Angebots mit zu unterstützen, wie es auch der Verwaltungsrat und der Rundfunkrat getan haben. Die Deutsche Welle soll auch in Zukunft eine Stimme der Freiheit sein, gerade dort, wo unabhängige Stimmen durch Propaganda und Zensur zum Verstummen gebracht werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsidentin Ulla Schmidt:**

Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Der nächste Redner ist Harald Petzold, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Harald Petzold (Havelland) (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die